

Klares Wort an Bürger überfällig

In der Misere um die Grund- und Mittelschule (GMS) Berching überschlagen sich die Diskussionsrunden, Vorschläge und Vorstöße – weitestgehend hinter den Kulissen. Die Bürger erfahren bestenfalls Bruchstücke von Fakten sowie Einzelmeinungen, eher aber Unmutsäußerungen, Mutmaßungen und Gerüchte. Selbst bei den Beteiligten bestehen mehr offene Fragen und Verwirrung als Klarheit über einen Weg aus der Misere. Sicher ist nur, auch der Planungsstopp erzeugt weitere Kosten. Im an dauernden Durcheinander halten wir neben einer internen Klärung ein klares Wort aus dem Rathaus an die Bürger für längst überfällig.

Jetzt doch wieder Sanierung und Erweiterung statt Neubau? Hat sich der Stadtrat auf Prioritäten geeinigt und welchen Stellenwert hat das? Sollen die Berliner Architekten ihren 57-Mio-Entwurf auf Einsparpotential überprüfen? Letzter Punkt wurde von der Verwaltung kurzfristig für die Oktober-Ratssitzung nachgemeldet und auf Geschäftsordnungsantrag der CSU-Fraktion ebenso kurzfristig vertagt. Am Dienstag stimmte der Rat doch für den Auftrag.

Planer, Gutachter, Projektsteuerer, Stadtverwaltung, Arbeitskreise, Stadträte, Lehrer – viele Stimmen reden mit. Knapp eine Million wurde schon an Berater und Planer bezahlt, zusätzlich von Bauverwaltung und Ehrenamtlichen viel Einsatz aufgeboden. Vermisst wird die ordnende Hand, die Rolle, die qua Amt auf den Bürgermeister fällt. Der appelliert an die Bürger, sie mögen doch ihre hohen Ansprüche an die Gemeinde herunterschrauben. Intern reagiert er patzig auf Kritik, öffentlich hüllt er sich in Schweigen, als ginge ihn das alles nichts an.

Belastbare Äußerungen zur GMS-Misere kamen nur von kleineren Ratsfraktionen via Presse an die Bürger. Erwidert hat sie der Sprecher der Mehrheitsfraktion, der mit verzerrten und verkürzten Nebensächlichkeiten, eher Kinderkram, rundum gegen die „Opposition“ schoss, ohne auf die Kritik einzugehen. Wir meinen, der Bürgermeister kann sich nicht hinter dem CSU-Sprecher verstecken. Er muss klar zwischen Parteirolle und öffentlichem Amt unterscheiden und im „Originalton Rathaus“ die Bürger informieren. Konkret stehen Antworten auf folgende Fragen an:

Wieso bedarf es der Aufforderung der Rechtsaufsicht, um eine längere Finanzplanung und die Priorisierung anstehender Projekte zu veranlassen?

Wie reagiert die Gemeinde auf das ab 2026 gesetzlich verpflichtende Angebot einer Ganztagschule, wofür, wie seit langer Zeit absehbar, Räume fehlen?

Wie ist zu erklären, dass seit 2017 für viel Geld ein Neubau der GMS geplant wird, die Option Sanierung mit Erweiterung aber weiter im Gespräch ist?

Wie wird der im Frühjahr 2023 von der Bauabteilung und einer Ratsfraktion skizzierte Entwurf zur Senkung der Kosten von 57 Millionen bewertet?

Welche konkreten nächsten Schritte sind geplant und welches längerfristige Vorgehen soll zum Ziel führen?

Wann ist eine funktionierende GMS, die den 2010 im ministeriellen Gutachten verlangten Anforderungen entspricht, realistisch zu erwarten?

Unsere Gemeinde steckt in einer nie zuvor erlebten Finanz- und Planungsmisere fest. Die Bürger erwarten aus erster Hand eine Erklärung, wie es in den Jahren seit 2010 soweit kommen konnte. Und wessen wenn nicht des Bürgermeisters Zuständigkeit ist es, einen gangbaren Weg aus der Misere aufzuzeigen?